

Stoppen Sie den Unsinn der Zwangszuweisung, Herr Regierungsrat Graf

Mit der Petition bitten wir den zuständigen Regierungsrat, von Zwangszuweisungen von älteren Versicherten in arbeitsmarktliche Massnahmen durch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren des Kantons Luzern abzusehen. Im Gegenzug soll eine Beratungskultur eingeführt werden, die sich an der Würde der älteren Versicherten orientiert und Massnahmen, dort wo sie sinnvoll sind, nur im gegenseitigen Einvernehmen einleitet.

Name	Vorname	Strasse	Ort	Unterschrift

Zwangszuweisungen machen krank

Der renommierte Autor, Neurobiologe und Psychiater aus Freiburg, Dr. Joachim Bauer, erklärt die Folgen von verweigerter Akzeptanz wie folgt:

«Aus Sicht des Gehirns bedeutet die Verweigerung von sozialer Akzeptanz und Gerechtigkeit nicht nur, dass die Aktivität des Motivationssystems ausbleibt, obwohl bereits dies alleine schwerwiegende Folgen haben kann. Denn dauerhaft verweigerter Akzeptanz kann einen kritischen Abfall von gesund erhaltenden Botenstoffen und psychische und körperliche Erkrankungen zur Folge haben. Wer einen Menschen unfair behandelt, tangiert die neurobiologische Schmerzgrenze und muss mit Aggression rechnen. Der Aggressionsapparat des Menschen ist ein neurobiologisches Hilfssystem, er steht seiner biologischen Grundkonzeption nach im Dienst des sozialen Zusammenhangs. Die Schmerzgrenzen des Gehirns reagieren auch, wenn Menschen sozial ausgegrenzt werden oder gedemütigt werden (S.59). Wenn Aggression – aus welchen Gründen auch immer – nicht kommuniziert werden kann oder darf (Anmerkung: rollenspezifische Erziehung, sozialer Kontext), dann bleiben die Komponenten des Aggressionsapparates, insbesondere die Angstzentren, neurobiologisch geladen. Anstatt der eigentlich fälligen Äusserung von Aggression, entwickelt sich nun eine Situation, die zu Angststörungen oder depressiven

Erkrankungen führen kann. Die neurobiologischen Angst- und Stresssysteme bleiben hochgefahren, eine aktive, nach aussen gerichtete Problemlösung jedoch ist unmöglich. Personen, die Probleme mit einem adäquaten Ausdruck der in ihnen entstandenen Aggressionen haben, erleiden nicht nur ein seelisches, sondern auch ein erhöhtes körperliches Erkrankungsrisiko (S. 64).»

Vor diesem Hintergrund hat der Verband der älteren Erwerbslosen, Avenir50plus, das Seco immer wieder darauf hingewiesen, dass Zwangszuweisungen bei Älteren sich als kontraproduktiv betreffend Integration erweisen. Das Seco hat Avenir50plus im Gespräch denn auch versprochen, dass in Zukunft nur noch einvernehmliche Lösungen gesucht werden. Offenbar ist das bei den Innerschweizer Arbeitsmarktbehörden nicht angekommen. Herr Regierungsrat, machen Sie diesem Unsinn endlich ein Ende.

Avenir50plus Zentralschweiz
www.avenir50plus.ch
zentralschweiz@aveni50plus.ch

Jobs für Ältere statt Zwangszuweisungen in teure Massnahmen

Die Luzerner RAV verschachern Erwerbslose Ü50, die ein Leben in Arbeit verbrachten, gegen ihren Willen in teure Programme. Und die Caritas bietet Hand.

Ein Beispiel, das für viele steht und den Unsinn der RAV-Tätigkeit illustriert: Eine einheimische Erwerbslose Ü50 wird einer Luzerner Bäckerei zugewiesen. Während mehreren Monaten soll sie dort gratis arbeiten, ohne Anschlusslösung. Die Versicherte wehrt sich. Sie will nicht Hand bieten für eine Wettbewerbsverzerrung. Sie ist tüchtig und kann arbeiten, das belegen ihre Arbeitszeugnisse. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH-Zentralschweiz, das für gutes Geld Vermittlungsarbeit für die RAV leistet, zeigt sich beleidigt und macht dem RAV Meldung. Und jetzt ist Schluss mit der Wahl: Gegen ihren Willen weist das RAV die Versicherte einem Caritas Laden zu. Dort soll sie Kleider mit «Nämeli» beschriften und Kisten herumschleppen, zusammen mit Migranten, Flüchtlingen und Sozialfällen. Und für diesen Einsatz zahlt das RAV der Caritas viel Geld!

Die Versicherte wendet sich in ihrer Verzweiflung an Avenir50plus. Da gegen Zwangszuweisungen keine Einsprachen gemacht werden können, appelliert der Verband an die RAV- und Caritas-Leitung, von diesem entwürdigenden Unsinn abzusehen. Massnahmen sollen Versicherte qualifizieren im Hinblick auf die Reintegration in den Arbeitsmarkt. Das hat das Bundesgericht wiederholt festgehalten. Die Caritas-Leitung aber will sich nicht zur Massnahme äussern. Sie sei nur ausführend. Die RAV-Leitung ihrerseits bleibt beim Entscheid. Auch der Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit zeigt im Austausch mit Avenir50plus keine Einsicht. Die Versicherte ist mittlerweile über Wochen krankgeschrieben. Viele Ärzte wissen: RAV machen Ältere mit ihren Zwangsmassnahmen krank. Doch niemand schaut hin. **Zu viele verdienen gutes Geld mit der Arbeitslosenversicherung.** Schweizweit werden rund 620 Millionen Franken für arbeitsmarktliche Massnahmen aufgewendet. Nicht alles, aber vieles davon ist purer Unsinn. Gleichzeitig lehnen die Luzerner RAV Anträge von Ü50 auf Weiterbildungen oder Umschulungen ab. Pikantes Detail: Flüchtlingen gewährt man im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative den Grundsatz «Bildung vor Arbeit», während für Ältere keine entsprechenden Integrationsmassnahmen vorgesehen sind.

Massiver Verdrängungseffekt

Aktuelle Zahlen belegen, was viele Politiker und Verbandsmanager immer noch schönreden: Einheimisches Personal wird durch die Personenfreizügigkeit verdrängt. Beim Servicepersonal lag die Arbeitslosenquote 2016 bei 10,5%. Gleichzeitig wurden 9008 Servicepersonen aus dem Ausland geholt und zusätzlich 8305 Ausländer als Küchenpersonal. Unter den Hilfskräften im Baugewerbe waren 3200 Arbeiter oder 18% im Inland arbeitslos, aber gleichzeitig wurden 6045 neue Arbeitskräfte im Ausland rekrutiert. Beim Verkaufspersonal waren 10 768 arbeitslos gemeldet. Laut einer Erhebung der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion werden nur 20% aller zugewanderten Arbeitskräfte in jenen Branchen angestellt, die einen echten Fachkräftemangel vorweisen. Die Personenfreizügigkeit ist somit zum Einfallstor für Niedrigqualifizierte in den strukturschwachen Branchen geworden.

RAV machen Bock zum Gärtner

Im OECD-Vergleich sind die Schweizer RAV die sanktionsfreudigste Behörde. Damit verdecken sie, dass sie selbst nicht vermitteln, sondern nur verwalten. **Über die Abschiebung in Programme entzieht man Arbeitslose der Seco Statistik.** Die RAV-Behörden werden damit im Ranking belohnt und sichern ihre eigenen Jobs, für welche die Arbeitslosenkasse schweizweit rund 500 Millionen Franken aufwendet.

Es ist klar, dass es so nicht weitergeht.

Wir fordern: Jobs oder Grundeinkommen für Ältere

Avenir50plus Schweiz, Postfach 3649, 6002 Luzern
www.avenir50plus.ch, info@avenir50plus.ch

Spenden:

Alternative Bank AG, 4601 Olten, Fächer 1, Konto 46-110-7
IBAN CH02 0839 0032 1466 1000 5